

OBG

- Fraktion

Datum  
05.03.2014

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

☐ Antrag zur direkten Beratung in StvV  
gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über SKA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über BUA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über HFA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Anfrage gemäß § 9 GOSTvV

☒ Frage gemäß § 10 GOSTvV

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk

## **betr. Stringente Grundsätze zur Konsolidierung kommunaler Haushalte**

In einem aktuellen Schreiben des Hessischen Innenministeriums werden die Regierungspräsidien und Landräte zur stringenten Handhabung der Finanzaufsicht aufgefordert. Innen- und Kommunalminister Peter Beuth (CDU) hat den Willen der neuen Landesregierung, einen Paradigmenwechsel im Umgang auch mit kommunaler Verschuldung herbeizuführen, bekräftigt. Die staatlichen Aufsichtsbehörden werden künftig nur noch defizitäre Haushalte genehmigen dürfen, die bestimmte Mindestvoraussetzungen einhalten. Dazu gehören kostendeckende Gebühren für Wasser, Abwasser, Abfall und Straßenreinigung sowie Straßenbeiträge.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Auswirkungen werden die Grundsätze – insbesondere die Forderung nach kostendeckenden Straßenbeiträgen – für die kommenden städtischen Haushalte haben?
2. Welche Maßnahmen schlägt der Magistrat vor?



Andreas Bernhardt  
OBG-Fraktion